

Donnerstag, 02. Dezember 2021, Nahe-Zeitung, Seite 19

SPD und FWG fordern Alsfasser zum Rücktritt auf

Von unserem Redakteur Peter Bleyer



Deutliche Worte nach Rechnungshofbericht zu Greensill-Anlage – aber auch Verständnis

VG Baumholder. Viele verbale Attacken hatte der VG-Bürgermeister für seine Entscheidung, 750 000 Euro an öffentlichen Geldern bei der Greensill-Bank anzulegen, schon einstecken müssen. Bekanntlich ist das Kreditinstitut mittlerweile insolvent, und zahlreiche Kommunen bangen um ihr Geld. Weil jetzt der Bericht des Rechnungshofs des Landes Rheinland-Pfalz vorliegt, wurde der Ton in der VG-Ratssitzung am Dienstag deutlich schärfer. Gleich zwei Fraktionen forderten Bernd Alsfasser zum Rücktritt auf.

Zum Verständnis: Der Rechnungshof hat die Geldanlage der VG Baumholder bei der

Greensill-Bank und das zusammenhängende Liquiditätsmanagement aufgrund gesetzlicher Vorgaben eingehend geprüft. Das Ergebnis, das in einem 16-seitigen Schreiben zusammengefasst ist, lässt das Handeln der VG-Spitze in keinem allzu guten Licht erscheinen.

Die wesentlichen Punkte: Die VG-Verwaltung habe auf den Rat des Finanzmaklers vertraut und es unterlassen, weitreichendere eigene Recherchen anzustellen. Anhand solcher Nachforschungen wäre man zu dem Schluss gekommen, dass Greensill keine systemrelevante Bank war, kurz vor der Anlage abgewertet wurde und nur über ein Rating einer Agentur verfügte, die nicht von der EZB anerkannt war und über mangelhafte Geschäftspraktiken verfügte. Insofern sei die gesetzliche Rangfolge bei Geldanlagen – Sicherheit vor Ertrag – nicht eingehalten worden. Außerdem hätten die 750 000 Euro laut Gemeindeordnung zur Kredittilgung genutzt werden müssen.

„Die Einschätzung des Landesrechnungshofs deckt sich zu 100 Prozent mit unserer Meinung“, sagte Dieter Rausch (FWG Dr. Nagel) in der VG-Ratssitzung. „Dadurch werden unsere Anschuldigungen bestätigt. Es wurde laienhaft und grob fahrlässig gehandelt.“ Man habe dem Makler blind vertraut und den Grundsatz „Sicherheit vor Ertrag“ missachtet. Insgesamt wäre aus Rauchs Sicht eine bessere Bewertung der Situation möglich gewesen. „Herr Bürgermeister, Sie haben der VG großen Schaden zugefügt. Bitte, tragen Sie die Verantwortung“, forderte Rausch und schob noch eine kleine Drohung hinterher: „Die FWG Dr. Nagel behält sich die Möglichkeit einer Klage vor.“

Andreas Pees (SPD) erklärte, er müsse sich den Ausführungen der FWG Dr. Nagel anschließen. „Das Schreiben des Rechnungshofs ist eine schallende Ohrfeige für die Handelnden“, betonte er. „Es ist unverantwortlich, so mit öffentlichen Geldern umzugehen.“ Man hätte, so Pees, die Summe einfach verwahren können – und das sogar ohne Strafzins. Davon abgesehen hätte das Geld zur Kredittilgung genutzt werden müssen.

Dem Bürgermeister sei das Risiko eines Totalausfalls bekannt gewesen. Bereits im November, also vor der Geldanlage, habe man in öffentlich zugänglichen Quellen lesen können, dass es Strafen für die Ratingagentur, die auch Greensill bewertet hatte, gegeben habe. „Wenige Minuten Googeln hätten 750 000 Euro gespart oder zumindest einen jahrelangen Rechtsstreit vermieden, bei dem man seinem Geld hinterherlaufen muss.“ Das Handeln des Bürgermeisters sei rechtswidrig und unwirtschaftlich gewesen.

„Bis heute hat der Bürgermeister sich zu dem Thema nicht öffentlich geäußert, es gab kein Wort des Bedauerns“, so Pees. „Das sagt viel aus über den Respekt des Bürgermeisters gegenüber den Bürgern und dem VG-Rat. Wenn Sie noch einen Funken politischen Anstand haben, übernehmen Sie die Verantwortung! Treten Sie zurück!“

Nach diesen mehr als deutlichen Forderungen ergriff der Angesprochene das Wort. „Es tut mir aufrichtig leid“, sagte er. „Ich habe deshalb manche Nacht nicht geschlafen, das kann

man ruhig glauben.“ Aber der Anwalt, den die VG eingeschaltet hat, teile die Auffassung des Rechnungshofs nicht. „Er sagt, selbst eine Anlage mit Triple B wäre sicher gewesen“, so Alsfasser. „Ich werde jetzt nicht den Stab über meinem Kämmerer oder jemand anderem brechen, bevor das Gerichtsverfahren beendet ist.“

Karlheinz Gisch (FDP) schlug einen versöhnlicheren Ton an und nahm den VG-Chef in Schutz. „Hätte, hätte Fahrradkette“, sagte er. „Keiner hat's vorher gewusst. Wir sind ja nicht einzigen Betroffenen. Eine Rücktrittsforderung ist überzogen.“ Genau so sah es Susanne Alfs (Grüne). „Hinterher ist man immer schlauer. Wenn man bei Google was eingibt, kriegt man viele Infos, aber nicht immer die richtigen“, sagte sie. Natürlich finde man zum jetzigen Zeitpunkt viel mehr negative Artikel über die Greensill-Bank. Die Forderungen nach einem Rücktritt oder nach Entlassungen seien überzogen. „Es ist traurig, was passiert ist. Aber man kann niemandem unterstellen, dass er zu dumm war oder nicht aufgepasst hat.“

Andreas Pees entgegnete darauf, er unterstelle hier niemandem eine Absicht. Trotzdem dürfe man nicht zwei Sachen miteinander vermengen: Der Anwalt der VG sei einzig und allein damit beauftragt, einen zivilrechtlichen Schadenersatzanspruch gegen den Finanzmakler durchzusetzen. „Dass der haftet, steht eigentlich außer Frage“, so Pees. „Aber heute geht es darum, dass man den Pflichten nicht nachgekommen ist. Dafür muss jemand die Verantwortung übernehmen. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“ Aljoscha Schmidt (CDU) meinte, dass alles „sehr unglücklich“ gelaufen sei. „Aber es ist noch nicht sicher, dass das Geld weg ist. Wir sehen keine wissentliche Pflichtverletzung, eine Rücktrittsforderung ist verfrüht. Der Schaden ist noch nicht da.“ Auch Reimund Conrad (LfB) stärkte dem VG-Chef vorerst den Rücken. „Ich sehe die Sache nicht so dramatisch. Man sollte abwarten, was dabei herauskommt.“

Nach dieser teils emotionalen Debatte beschloss der Verbandsgemeinderat jedenfalls eine Anlagenrichtlinie, um künftig Fälle dieser Art zu vermeiden. So soll der Haupt- und Finanzausschuss ab sofort bei einer größeren Geldanlage angehört werden – erst dann will der VG-Chef entscheiden.

Was die Geldanlage der Verbandsgemeinde bei der Greensill-Bank angeht, haben die Verantwortlichen laut dem Bericht des Landesrechnungshofs einige Punkte missachtet. In der VG-Ratssitzung gab es nun viel Kritik – aber auch versöhnliche Worte. Foto: dpa

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.